





Eckhardt Rehberg


Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern
-Der Vorsitzende-


Platz der Republik 1

**Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 6.236
11011 Berlin**

 (030) 227 - 75613

 (030) 227 - 76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de

 www.eckhardt-rehberg.de

Berlin, 22. November 2016

Bundshaushalt 2017 ohne neue Schulden - Investitionen auf Rekordniveau

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

am 10. November d.J. haben wir im Haushaltsausschuss den Entwurf des Bundshaushalts 2017 in der sog. Bereinigungssitzung abschließend beraten.




Mit dem Bundshaushalt 2017 beschließen wir das dritte Jahr in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden. Der Bund plant im kommenden Jahr erneut mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auszukommen und seine Ausgaben von 329,1 Mrd. Euro ohne neue Kredite zu finanzieren. Das Anwachsen des Schuldenbergs ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist.

Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten 10 Mrd. Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum in Deutschland.

Die Investitionen werden gegenüber 2016 um fast 4,6 Mrd. Euro auf rd. 36,1 Mrd. Euro erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rd. 11 % der Gesamtausgaben. Eine Investitionsquote von 11 % ist die höchste der letzten 16 Jahre - das Jahr 2012 mit dem Sondereffekt der ESM-Einlage ausgenommen. Im Vergleich zum Regierungsentwurf 2017 steigen die Investitionen um rd. 2,8 Mrd. Euro.

Positiv hervorzuheben ist, dass es bei geringfügigen Ausgabensteigerungen von 400 Mio. Euro ggü. dem Regierungsentwurf 2017 im Beratungsprozess gelungen ist, eine Umschich-

Bürgerbüro: Rosa-Luxemburg-Str. 25/26, 18055 Rostock

 (0381) 252 2460  (0381) 252 2485  eckhardt.rehberg@wk.bundestag.de

tung von konsumtiven zu investiven Ausgaben vorzunehmen und damit die volkswirtschaftlich bedeutsamen Investitionen stärker im Haushalt zu gewichten.

Wesentliche Änderungen ggü. dem Regierungsentwurf 2017 haben sich u.a. für folgende Etats ergeben:

- BMVI (+ 1,090 Mrd. Euro)
- BMAS (- 1,031 Mrd. Euro)
- BMI (+ 639 Mio. Euro)
- AA (+ 628 Mio. Euro)
- BMZ (+ 554 Mio. Euro)

Ein Haushalt ohne Neuverschuldung ist keine Selbstverständlichkeit. Dies gilt umso mehr, wenn zusätzliche besondere finanzielle Belastungen zu bewältigen sind. So führt die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten (7. Juli 2016) zu zusätzlichen Belastungen des Bundes in Höhe von rd. 3,7 Mrd. Euro (2 Mrd. Euro Integrationspauschale, rd. 1,2 Mrd. Euro Spitzabrechnung der Bundesbeteiligung an den Länderkosten für Asylverfahren, 500 Mio. Euro sozialer Wohnungsbau).

Mehrausgaben des Bundes in Höhe von 900 Mio. Euro (Kosten der Unterkunft und Heizung) ergeben sich zudem aus der Verständigung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten/innen der Länder vom 16. Juni 2016. Mit gut 21,5 Mrd. Euro ist die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen und Asylbewerbern auch 2017 ein Schwerpunkt des Haushalts. Davon entfallen mehr als 7 Mrd. Euro auf Maßnahmen zur Fluchtursachenbekämpfung und annähernd 7 Mrd. Euro dienen der unmittelbaren Entlastung von Ländern und Kommunen.

Diese zusätzlichen Belastungen werden u.a. aus einer Rücklage finanziert, die aktuell mit 6,7 Mrd. Euro im Haushalt 2017 veranschlagt ist. Die Rücklage dokumentiert die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der unionsgeführten Koalitionen der zurückliegenden Jahre. Mit ihr ernten wir die Früchte einer wirtschafts- und arbeitsmarktfreundlichen, auf Konsolidierung ausgerichteten Politik.

Den Verschuldungsspielraum der Schuldenbremse nutzen wir nicht aus. Für das Jahr 2017 beträgt die maximal erlaubte Nettokreditaufnahme rd. 11,2 Mrd. Euro. Mit dem Verzicht auf neue Schulden senden wir ein wichtiges Signal auch nach Europa. Trotz erheblicher zusätzlicher Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern halten wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein.

Darüber hinaus eröffnet eine Änderung des Haushaltsgesetzes wieder die Möglichkeit zur Schuldentilgung. Sollte der Bundesbankgewinn höher als 2,5 Mrd. Euro ausfallen, wird der überschießende Betrag nicht wie in 2016 für die Rücklage sondern zur Schuldentilgung verwendet.

Im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen haben wir wichtige politische Impulse und Schwerpunkte gesetzt. Allein in der Bereinigungs-sitzung wurden mehr als 160 Anträge der Koalition beschlossen.

Die wesentlichen Änderungen stellen sich wie folgt dar:

I. Innere Sicherheit

- Der BMI-Etat wird ggü. dem Haushalt 2016 um mehr als 1,1 Mrd. Euro erhöht. Von der Erhöhung entfallen rd. 640 Mio. Euro auf Entscheidungen im parlamentarischen Verfahren. Wesentliches Ziel ist die Stärkung der Sicherheitsbehörden. Dies führt u.a. zu einer verbesserten Personal- und Sachausstattung bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst. Außerdem starten wir ein Anreizprogramm zur Förderung der Ausreise mit einem Volumen von 40 Mio. Euro, um die Zahl freiwilliger Ausreisen ausreisepflichtiger Ausländer erheblich zu steigern (weitere Details s. Papier MdB Dr. Brandl im Intranet; „BMI: Ergebnisse der Haushaltsberatungen 2017“).

Die Mittel für Integrationsmaßnahmen betragen 610 Mio. Euro und liegen um gut 50 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2016. Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) erhält aufgrund stetig steigender Zahlen an Beratungsfällen zusätzlich 5 Mio. Euro, so dass für die MBE-Beratungsstellen rd. 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Ab dem Jahr 2017 bis 2019 werden zusätzlich 40 Mio. Euro für die Beschaffung eines Transporthubschraubers bei der Bundespolizei bereitgestellt.

Beim THW wird ein Fahrzeugbeschaffungsprogramm mit insgesamt 100 Mio. Euro für 188 Lkw und Bergungsräumgeräte aufgelegt – davon 15 Mio. Euro in 2017.

Im Bereich des Sports werden die Mittel um insgesamt 4,5 Mio. Euro aufgestockt. Hierunter fallen u.a. Maßnahmen zur gezielten Olympiavorbereitung mit einer Erhöhung um 1,7 Mio. Euro und die Stärkung des Leistungssports von Menschen mit Behinderung (+1,3 Mio. Euro).

II. Verkehr und Luftverkehrswirtschaft

- Der Bund gibt der Deutsche Bahn AG (DB AG) frisches Kapital in Höhe von 1 Mrd. Euro und verzichtet gleichzeitig auf die bereits eingeplante Dividendenzahlung der Bahn in Höhe von 350 Mio. Euro. Diese Maßnahmen dienen der Verschuldungsbegrenzung sowie zur Absicherung der Wachstums- und Qualitätsoffensive der DB AG.

Mit 200 Mio. Euro profitiert die Luftverkehrswirtschaft von verschiedenen Maßnahmen im Bundeshaushalt. Ziel ist die Entlastung der deutschen Fluggesellschaften durch Reduzierung der Flugsicherungsgebühren. Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Eigenkapitalaufstockung der Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) um rd. 101,9 Mio. Euro sowie die Finanzierung von Gebührenbestandteilen in Höhe von 98,1 Mio. Euro.

Der Bund wird sich im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten mit insgesamt 50 Mio. Euro am Bau von Radschnellwegen beteiligen, davon 25 Mio. Euro in 2017. Die Ausgaben sind bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Fördergrundlage und eines Förderkonzepts gesperrt.

Als Beitrag zum Klimaschutz ist für die geplanten Ersatzneubauten der Mehrzweckschiffe *Scharhörn* und *Mellum* die Ausrüstung mit Flüssiggas (LNG)-Antrieb in Höhe von 13 Mio. Euro vorgesehen. Gleichzeitig werden zusätzlich rd. 34 Mio. Euro in Lärmschutzmaßnahmen im Bahnbereich im Zeitraum 2018 bis 2021 investiert.

Darüber hinaus stehen insgesamt gut 46,5 Mio. Euro für den Bereich „*automatisiertes und vernetztes Fahren*“ im Haushalt zur Verfügung. Für das Jahr 2017 sind die Mittel ggü. dem Regierungsentwurf um 17 Mio. Euro auf 37 Mio. Euro annähernd verdoppelt wurden. In den Folgejahren bis 2019 stehen weitere 9,5 Mio. Euro zur Verfügung.

III. Mittelstand und maritime Wirtschaft

- Deutschlandweit werden sechs neue Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt eingerichtet und mit insgesamt 42 Mio. Euro ausgestattet: Hamburg, Dresden, Augsburg, Jena, Bremerhaven und Oldenburg.
Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschafts- und Forschungsstandortes sollen durch die Erhöhung des Förderprogramms industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) um 78 Mio. Euro (2017: 30 Mio. Euro + 48 Mio. Euro VE bis 2020) künftig mehr Projekte gefördert werden. Im Bereich der maritimen Wirtschaft wird ein eigener Titel „*Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze*“ ausgebracht und mit 25 Mio. Euro in 2017 dotiert. Gleichzeitig sorgen wir dafür, das Projekt „*Maritime Sicherheit*“ mit 6 Mio. Euro auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen.

IV. Agrar

- Zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe wurde bereits mit dem Regierungsentwurf der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung mit 178 Mio. Euro auf dem Niveau des Jahres 2016 verstetigt. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen für ein Bürgschaftsprogramm (bis zu 158 Mio. Euro) im Rahmen der Gewährung von Ausfallbürgschaften für Liquiditäts-darlehen. Eine weitere unterstützende Maßnahme der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt durch die Bereitstellung von 58 Mio. Euro Liquiditätshilfen als nationale Kofinanzierung im Milchmarktbereich.
Darüber hinaus wird das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung mit 55 Mio. Euro etatisiert. Dies entspricht fast dem 6-fachen des Jahres 2016. Ziel und zentrales Anliegen ist die Stärkung der ländlichen Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum (weitere Details s. Papier MdB Caesar im Intranet; „Schwerpunkte Haushalt 2017 – EP 10/BMEL“).

V. Verteidigungsetat

- Die Verteidigungsausgaben steigen ggü dem Jahr 2016 um mehr als 2,7 Mrd. Euro auf über 37 Mrd. Euro. Zudem ist für die Folgejahre eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,5 Mrd. Euro für die Beschaffung von fünf Korvetten ausgebracht worden. Damit kommt Deutschland den aktuellen NATO-Forderungen nach. Mit den derzeit und in den nächsten Jahren absehbar operationell verfügbaren Fregatten und Korvetten können weder alle Einsatzverpflichtungen abgedeckt noch die NATO-Forderungen erfüllt werden.
Hervorzuheben ist auch die Schaffung von drei neuen Studiengängen an den Bundeswehruniversitäten Hamburg und München mit jeweils 70 Stellen. Für Hamburg sind die Studiengänge „Bauingenieurwesen“ sowie „Sicherheitsforschung und Logistik“ geplant, in München wird der Studiengang „Cyber-Sicherheit“ eingerichtet.

VI. Entwicklungszusammenarbeit/Humanitäre Hilfe

- Deutschland wird seiner internationalen Verantwortung angesichts der weiter bestehenden globalen Krisen gerecht und stockt die Mittel im parlamentarischen Verfahren um 554 Mio. Euro auf. Innerhalb des BMZ-Etats fließen die zusätzlichen Mittel insbesondere in die Krisenbewältigung und den Wiederaufbau (+ 100 Mio. Euro), die Bilaterale Technische Zusammenarbeit (+ 91,2 Mio. Euro), die Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit (+ 300 Mio. Euro) sowie in die „*Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen*“ (+ 50 Mio. Euro). Diese zusätzlichen Mittel sollen u.a. der Minderung des Migrationsdrucks insbesondere in Afrika, der Unterstützung von Rückkehrern und für Beschäftigungsinitiativen in Hauptaufnahmeländern von syrischen Flüchtlingen in der Region dienen. Zudem können durch Umschichtungen die Mittel für den „Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria“ um 10 Mio. Euro auf 230 Mio. Euro erhöht und die deutsche Beteiligung am Welternährungsprogramm um 5 Mio. Euro auf gut 28 Mio. Euro ausgebaut werden.

VII. Auswärtiges Amt/Humanitäre Hilfe

- Die Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention im Etat des Auswärtigen Amtes werden um insgesamt 550 Mio. Euro auf 1,52 Mrd. Euro erhöht. So steigen die Ausgaben für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland um 475 Mio. Euro auf 1,205 Mrd. Euro und im Bereich Krisenprävention um 75 Mio. Euro auf 315 Mio. Euro.

VIII. Kultur

- Die Ausgaben für Kultur werden in den kommenden Jahren um über 660 Mio. Euro gesteigert. Für das Haushaltsjahr 2017 ergibt sich ein Aufwuchs der Mittel um rd. 267 Mio. Euro und eine Erhöhung des Kultur-Etats auf ca. 1,63 Mrd. Euro. Zusätzliche Mittel sind u.a. für ein weiteres Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 70,5 Mio. Euro und zur Sanierung und Modernisierung von Orgeln in Höhe von rd. 4,8 Mio. Euro vorgesehen. Vor dem Hintergrund des 500. Jahrestags der Reformation im Jahr 2017 erhöhen wir die Ausgaben für das Reformationsjubiläum um 6,65 Mio. Euro auf 11,65 Mio. Euro. Die Deutsche Welle wird zusätzlich mit insgesamt 23,9 Mio. Euro unterstützt.

IX. Bildung

- Der Etat des Bildungs- und Forschungsministeriums steigt erneut. Die Ausgaben wachsen ggü. 2016 um rd. 1,25 Mrd. Euro auf rd. 17,65 Mrd. Euro. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen haben wir u.a. die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) mit 60 Mio. Euro zusätzlich ausgestattet. Weitere 70 Mio. Euro sind in den Jahren 2017 bis 2023 für die Förderung der digitalen Ausstattung der überbetrieblichen Bildungsstätten eingeplant. Insgesamt 67 Mio. Euro stehen bis zum Jahr 2022 für die Einrichtung eines Forschungsverbunds zum Thema „*SED-Unrecht*“ und die Gründung eines „*Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt*“ zur Verfügung. Daneben wird die „Innovationsförderung in den neuen Ländern“ zur Unterstützung von Regionen mit besonderen Herausforderungen beim Strukturwandel mit zusätzlich 2 Mio. Euro gestärkt.

X. Städtebauförderung, sozialer Wohnungsbau, Einbruchssicherung

- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau steigen nach 2016 erneut um 500 Mio. Euro auf 1,518 Mrd. Euro. Damit unterstützt der Bund mittelbar die Länder und Kommunen im Bereich der Asylpolitik durch die Erhöhung der Fördermittel beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Auf unsere Initiative hin wird es im Bereich der Städtebauförderung erstmalig ein Förderprogramm „*Zukunft Stadtgrün*“ mit einem Finanzrahmen in Höhe von 50 Mio. Euro geben. Zudem wurde das Programm „*Kriminalprävention durch Einbruchssicherung*“ bereits im Regierungsentwurf um 40 Mio. Euro auf 50 Mio. Euro aufgestockt. Um nicht im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung des Jahres 2018 Gefahr zu laufen, keine Mittel auszahlen zu können, wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Mio. Euro ausgebracht. Weitere 100 Mio. Euro werden bereitgestellt für das Programm zur „*Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur*“. Das Programm „*Altersgerecht Umbauen*“ wird erneut aufgelegt und mit einem Fördervolumen von 75 Mio. Euro ausgestattet. Zudem stehen 25 Mio. Euro für die sog. „*Leuchtturmprojekte*“ zur Verfügung. Im Zusammenhang mit der Naturschutzoffensive 2020 erhält das Bundesprogramm „*Biologische Vielfalt*“ 45 Mio. Euro bis 2020.

XI. Familienpolitik und Flüchtlingsarbeit

- Im Familien-Etat werden das Elterngeld um 200 Mio. Euro auf 6,4 Mrd. Euro und der Kinderzuschlag aufgrund der monatlichen Erhöhung um 10 Euro ab 1. Januar 2017 um 70 Mio. Euro auf 475 Mio. Euro aufgestockt. Die Koalition hat die von der Familienministerin vorgenommenen Kürzungen beim Kinder- und Jugendplan (KJP) sowie bei den Wohlfahrtsverbänden revidiert. Der KJP erhält 29,7 Mio. Euro zusätzliche Mittel und hat damit ein Gesamtvolumen von 177,575 Mio. Euro. So sind erneut zusätzlich 15 Mio. Euro für Sprachkurse (C1) ausländischer Studenten und Hochschulabsolventen über den Garantiefonds Hochschule vorgesehen. Außerdem erfolgt die Wiederherstellung der Mittele Ausstattung des Jahres 2016 bei der Jugendverbandsarbeit mit 18,675 Mio. Euro und dem Eingliederungsprogramm (u.a. Jugendmigrationsdienste) mit 50,65 Mio. Euro. Ebenso stellen wir die Wohlfahrtsverbände wieder auf das Niveau des Jahres 2016. Die Zuschüsse für die Durchführung zentraler und internationaler Aufgaben betragen demnach wieder 20,8 Mio. Euro; die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Auswanderern ist mit gut 8,2 Mio. Euro etatisiert. Darüber hinaus erhält die Stiftung „*Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens*“ 4 Mio. Euro zusätzlich.

XII. Stiftung Warentest

- Die Stiftung Warentest erhält im kommenden Jahr 90 Mio. Euro als Zuschuss zum Stiftungskapital, so dass das Stiftungskapital einen Umfang in Höhe von 175 Mio. Euro haben wird.

XIII. Gesundheitswesen

- Mit ca. 27 Mio. Euro an Pflichtbeiträgen bleibt Deutschland dritt-größter Beitragszahler der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Darüber hinaus werden 35 Mio. Euro an freiwilligen Leistungen erbracht, um die Umstrukturierung und Fortentwicklung der WHO zu

unterstützen. Insgesamt 8 Mio. Euro werden in den nächsten Jahren im Bereich „*Migration und Integration im deutschen Gesundheitswesen*“ zur Verfügung gestellt.

Der Abschluss der Haushaltsberatungen zeigt, dass für die Koalition der Haushalt ohne neue Schulden weiterhin Priorität hat. Die Fortsetzung der soliden Haushaltspolitik ist trotz der erheblichen finanziellen Belastungen aus der Flüchtlingssituation möglich. Erfreulich ist zudem die Steigerung der Investitionen auf ein Rekordniveau. Die Haushälter der Koalition teilen aber auch die Feststellung des Bundesrechnungshofs, wonach „die Handlungsspielräume im Bundeshaushalt für zusätzliche finanzielle Zugeständnisse an die anderen Gebietskörperschaften weitgehend ausgereizt“ sind.

Mit freundlichen Grüßen

Two handwritten signatures in blue ink. The first signature is 'E. Gensler' and the second is 'M. G. ...'.